

FRAKTION VOR ORT

NACHRICHTEN UND TERMINE DER SPD-FRAKTION LICHTENBERG | AUSGABE 01/2014
www.spd-fraktion-lichtenberg.de | Facebook: www.facebook.com/spd.lichtenberg

Haushaltspolitik mit Augenmaß

Etat 2014/2015: Leistungen für Bürger werden nicht eingeschränkt

Wie das gesamte Land Berlin und wie alle Bezirke hat auch Lichtenberg im Herbst vorigen Jahres einen Doppelhaushalt für die Jahre 2014/2015 beschlossen, mit den Stimmen der SPD-geführten Zählgemeinschaft. Erfahrungsgemäß müssen nach einem Jahr Nachjustierungen für das zweite Jahr vorgenommen werden, weil neue Erkenntnisse vorliegen, so z.B. über das Jahresergebnis 2013, denn dieses wird in das Jahr 2015 übertragen. Erfreulicherweise handelt es sich um einen Überschuss von knapp 7 Mio. €, Ausweis sorgfältigen Wirtschaftens. Das ist allerdings etwa eine Million weniger als zu Jahresbeginn vermutet.

In dem nun vom Bezirksamt vorgelegten ergänzenden Haushaltsplan für 2015 sind Vorkehrungen zum Abfangen von Risiken vorgesehen, wie sie immer wieder an den unterschiedlichsten Stellen auftreten können, in der Fachsprache der Haushälter pauschale Minderausgaben. Für 2015 sind das 10 Mio. €, die notfalls weniger ausgegeben werden müssen. Mit dem Überschuss von 2013 kann dieser Betrag auf gut 3 Mio. € gesenkt werden.

In das jetzt berechnete, genauere mutmaßliche Haushaltsgesamtergebnis des Jahres 2015 (gegenüber demjenigen im Haushaltsplan für 2015 vor einem Jahr) geht die im Vergleich zu 2014 um 14,57 Mio. € erhöhte Mittelbereitstellung durch das Land Berlin (technischer Begriff: Globalsummenfortschreibung) ein. Dieser Betrag ist errechnet auf Grund zu erwartender erhöhter Ausgaben vor allem im sozialen und im Jugendbereich, etwa erhöhte Ausgaben für Hilfen in besonderen Lebenslagen um 3,7 Mio. €, für Hilfen zur Erziehung um 2,16 Mio. €, für Kindertagesbetreuung um 9,25 Mio. €, dazu für erhöhte Personalkosten i.H.v. 2,9 Mio. € wegen der Tarif- und Besoldungserhöhungen 2014 und 2015. Entlastend um 5,2 Mio. € wirken dagegen die neu berechneten Abschreibungsverrechnungen für die bezirklichen Immobilien.

Nimmt man das alles zusammen – ohne hier auf Einzelheiten eingehen zu



Die energetische und denkmalgerechte Sanierung der Schule am Rathaus wird auch mit Mitteln der EU unterstützt. Foto: Peter Müller

können – so ergibt sich zunächst eine noch abzudeckende Summe von ca. 1,4 Mio. €. Zu dieser kommen allerdings noch 1,3 Mio. € prognostizierte 2015er Mehrbedarfe für erhöhte Bewirtschaftungskosten der bezirklichen Immobilien, vermehrte Beiträge für die Schülerunfallversicherung wegen erhöhter Schülerzahlen und erhöhte Abschreibungsverrechnungen für neu eröffnete Schulgebäude. Es sind also ca. 2,7 Mio. € noch zu decken. Dies ist nach der Planung des Bezirksamtes so gut wie vollständig möglich, einmal durch zusätzliche Einnahmen bei Grundstücksveräußerungen, zum zweiten durch Einsparungen bei bisher geplanten, aber nicht oder nicht in vollem Umfang erforderlichen Ausgaben, etwa bei den Sachmitteln für die Ausstellung von Pässen und Ausweisen oder bei den sogenannten Verstärkungsmitteln, mit denen unvorhergesehene überplanmäßige Ausgaben abgefangen werden sollen.

Vergleichen wir den im Vorjahr verabschiedeten Haushaltsplan für 2015

mit dem jetzt vorgelegten ergänzenden Haushalt, so ist festzustellen: Es wird zu keiner Leistungsminderung gegenüber der Bürgerschaft kommen! Es bleibt bei den haushaltspolitischen Schwerpunkten Schulsanierung, Tiefbau, Grünanlagen. Der besonnen und mit Augenmaß aufgestellte und von der Zählgemeinschaftsmehrheit der BVV beschlossene Haushalt verändert seine Konturen nicht.

Der ergänzende Haushalt 2015 wird derzeit in den BVV-Fachausschüssen beraten. Vom Hauptausschuss wird aus deren Stellungnahmen eine Beschlussempfehlung für die BVV formuliert. Einzelkorrekturen kann es durchaus geben, z.B. eine Ausgabenerhöhung für häufigere Schulreinigung wie von Eltern gefordert. Sehr viel anders als die jetzige Bezirksamtsvorlage wird der Haushaltsbeschluss der BVV aber wohl nicht aussehen. **Manfred Becker**

Der Autor ist haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Gut die Hälfte der Wahlperiode 2011–16 ist vergangen und die SPD-Fraktion kann auf eine positive Bilanz zurückblicken. Trotz knapper werdender Kassen haben wir wichtige Akzente für ein kinder- und familienfreundliches Lichtenberg gesetzt und reagieren damit auf die steigende Bevölkerungszahl in einem attraktiver werdenden Bezirk.

Von insgesamt 21 Mio. € werden 2014/15 14 Mio. € für die Sanierung und den Bau neuer Schulgebäude ausgegeben und die Bauunterhaltung haben wir in diesem Bereich um weitere 1,5 Mio. € aufgestockt. Weiterhin stellen wir jährlich zusätzlich 200.000 € mehr für die Sanierung von Spielplätzen zur Verfügung. Im Bereich der Jugendarbeit haben wir umgesteuert und damit für eine finanzielle Absicherung der Lichtenberger Jugendclubs gesorgt.



Dr. Erik Gührs,
Fraktionsvorsitzender

Ein besonderes Anliegen ist uns, das bezirkliche Bündnis für Wohnen unseres Bezirksbürgermeisters Andreas Geisel zu unterstützen. Um den steigenden Mieten entgegenzuwirken, werden in dieser Wahlperiode über 5.000 Wohnungen gebaut. Die Vermieter verpflichten sich dabei, die Mieten nach sozialen Kriterien zu gestalten. Im Gegenzug sorgt der Bezirk dafür, dass Baugenehmigungen schnell und unbürokratisch erteilt werden.

Auch in Zukunft werden wir die Arbeit des Tierparks Berlin in Friedrichsfelde aktiv unterstützen. Mit dem neuen Direktor Dr. Andreas Knieriem gibt es die Chance, den Tierpark zu einem modernen Tiergarten weiterzuentwickeln, der Wissen vermittelt und Tiere möglichst naturnah zeigt. Uns ist wichtig, dass sich auch nach diesem Prozess noch alle Menschen einen Tierparkbesuch leisten können. Wir möchten die neue Leitung des Tierparks hierbei begleiten und haben als Zeichen unserer Verbundenheit am 29. September die Patenschaft über einen indischen Löwen übernommen.

Ihr Erik Gührs, Fraktionsvorsitzender

Wir sind für Sie da: Tel. (030) 90296-3160



www.spd-fraktion-lichtenberg.de



www.facebook.com/spd.lichtenberg



info@spd-fraktion-lichtenberg.de



twitter.com/SPDBVVLbg

SCHWERPUNKT: DER WACHSENDE BEZIRK – POLITIK UND WIRTSCHAFT GEHEN GEMEINSAME WEGE

„Bündnis für Wohnen“ setzt Maßstäbe

Positive Bilanz in Sachen Neubauvorhaben/ Von Andreas Geisel, Bezirksbürgermeister

Lichtenberg hat heute etwa 268.000 Einwohner, ist damit in den letzten fünf Jahren um etwa 15.000 Einwohner gewachsen. Für das Jahr 2030 wurden dem Bezirk knapp 300.000 Einwohner prognostiziert. Wenn sich die derzeitige Entwicklung so fortsetzt, würden wir diese Einwohnerzahl aber schon deutlich früher erreichen.

Inzwischen ist deshalb bei uns der Wohnraum außerordentlich knapp geworden. Die derzeitige Leerstandsquote liegt nur noch bei etwa zwei Prozent und damit bereits unterhalb der natürlichen Fluktuationsquote. Immer mehr Familien mit Kindern ziehen zu uns. Für diese Neu-Lichtenberger brauchen wir dringend neuen Wohnraum, schnell und für Familien bezahlbar.

In Lichtenberg wurde deshalb am 24. April 2012 das „Bündnis für Wohnen“ gegründet. Darin verpflichten wir uns als Bezirksamt, diesen Wohnungsbau zügig zu genehmigen und die erforderlichen Grundstücke dafür auszuweisen. Im Gegenzug sichern die Investoren schnellen Wohnungsneubau zu bezahlbaren Mieten zu. Das ist nicht nur für die Neubauten, sondern vor allem auch für die Bestandswohnungen von großer Bedeutung, weil durch die Vergrößerung des Angebots der Mietanstieg gedämpft wird.

Mit dem Bündnis für Wohnen hat Lichtenberg eine Vorreiterrolle in Berlin übernommen. Es wurde noch vor dem Senatsbündnis für soziale Mieten gegründet und unterscheidet sich von diesem im Wesentlichen dadurch, dass es neben der kommunalen HOWOGE auch private Bauherren und Wohnungsgenossenschaften als Partner hat. Das Bündnis verfolgt zwei wesentliche Ziele:

1. Wohnungsbau, bevorzugt Geschosswohnungsbau zur Miete:

Bei der Aktivierung von Flächen für den Wohnungsbau wollen wir nachhaltig handeln und uns auf Flächen konzentrieren, die in der Vergangenheit bebaut gewesen sind. Eine Umwidmung von Natur- und Grünflächen vermeiden wir, ebenso werden wir auf keinen Fall auf Kleingärten zurückgreifen. Neubauvorhaben werden so gestaltet, dass ein optimales Wohnraumangebot für Lichtenberg entstehen kann. Die Mischung von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen innerhalb eines Quartiers bzw. eines größeren Neubauvorhabens ist erklärtes Ziel aller Überlegungen.

2. Dämpfung der Mietpreissteigerung und Sicherung des sozialen Wohnens im Bestand:

Mit den Verpflichtungen von Unternehmen, die Mietentwicklung zu dämpfen, ist ein Anfang gemacht. Entsprechende bundesgesetzliche Änderungen wie sie Berlin via Bundesratsinitiative gefordert hat, wären nachhaltiger. Die von der Bundesregierung beschlossene Mietpreisbremse ist dabei ein Schritt in die richtige Richtung.



Das Q 99 in Hohenschönhausen. Insgesamt 351 Wohnungen, davon 77 für gemeinnützige Träger, sowie eine Kita mit 99 Plätzen entstehen in dem ehemaligen Bürogebäude an der Gehrenseestraße.



414 Wohnungen baut die HOWOGE an der Treskowallee. Zwei Senioren-Wohngemeinschaften, eine Kita mit 90 Plätzen und mehrere Geschäfte werden ebenfalls entstehen.
Fotos: Peter Müller

Es werden Mietpreisspannen vereinbart, die unterschiedliche Miethöhen innerhalb eines Quartiers ermöglichen. Etwa zehn Prozent der Wohnungen werden gemäß der Miethöhe ALG-II-fähig sein und rund 20 Prozent der Wohnungen in Anlehnung an den Mietspiegel für Neubauvorhaben ausgerichtet werden. Mögliche Mieterhöhungen im Bestand sollen sich an der realen Erhöhung der Lebenshaltungskosten ausrichten. Bei Modernisierungsmaßnahmen soll sich die Umlage der Modernisierungskosten an der ortsüblichen Vergleichsmiete und der Mieterstruktur ausrichten. Die Modernisierungsumlage wird bei maximal neun Prozent der aufgewandten Kosten gekappt. Es wurde eine Härtefalllösung für die Mieter eingerichtet, mit der die beabsichtigte Erhöhung der Nettokaltmiete bei 30 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens gekappt wird.

In der laufenden Wahlperiode wurde durch den Bezirk Lichtenberg bereits der Bau von 3.200 neuen Wohnungen auf den Weg gebracht. Im ersten Halbjahr 2014 wurden bereits weitere 1.200 Wohnungen neu genehmigt.

Es bleibt festzuhalten: Das „Bündnis für Wohnen“ ist ein politisches Instrument zur Stimulierung des Angebotes auf dem Wohnungsmarkt. Spätestens seit dem vergangenen Jahr hat das Wohnungsbaugeschehen spürbar an Fahrt aufgenommen. Dabei lässt sich ohne Vertiefung in Detailzahlen festhalten, dass ein Großteil der neuen Wohnungen durch Mitglieder des Lichtenberger Bündnisses für Wohnen geschaffen werden (u.a. HOWOGE, WPK Grundstücksgesellschaft, GPU, NCC und verschiedene Genossenschaften).

Bis 2018 wird die Howoge ihr Portfolio um mindestens 6.000 Wohnungen erweitern. In Karlshorst entstehen die Treskow-Höfe mit 414 Wohnungen, darunter altersgerechte Wohnungen, zwei Senioren-Wohngemeinschaften, eine Kita mit 90 Plätzen sowie mehrere Geschäfte. Auch im Howoge-Bauvorhaben Lindenhof ist eine solche Mischung in Planung. Die stadtwirtschaftliche Rendite, die Lichtenberger Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Ehrenamtliche, Kitas, Schulen, Kultureinrichtungen etc. jährlich aus dem Engagement der Howoge ziehen, entspricht einem Millionenbetrag.

Auch die Wohnungsgenossenschaften engagieren sich in vorbildlicher Weise für das Gemeinwohl und über das reine Wohnangebot hinaus. Als Beispiel sei hier das Engagement der WGLi für das Nachbarschaftszentrum im Fennpfuhl genannt. Oder das Humboldt-Haus der Genossenschaft Humboldt-Universität, das zu einer festen Größe im Kulturangebot Hohenschönhausens geworden ist. Oder das Engagement der Genossenschaft Neues Berlin bei der Unterstützung des Mies-van-der-Rohe-Hauses und bei Kunstausstellungen im Genossenschaftsgebäude.

HINTERGRUND: DAS BÜNDNIS FÜR WOHNEN

Allianz für bezahlbares Wohnen

Die Vereinbarung zum Bündnis für Wohnen wurde am 12. Dezember 2012 im Rathaus Lichtenberg unterzeichnet. In der Präambel heißt es u.a.: „Folgende Unterzeichner bekräftigen mit diesem Bündnis für die Legislaturperiode 2011 - 2016 die Bereitschaft, attraktives und bezahlbares Wohnen in Berlin-Lichtenberg aktiv zu gestalten und den Wohnungsneubau zu unterstützen, zur Qualifizierung von Großsiedlungen beizutragen sowie den Klimaschutz und die Energieeffizienz sinnvoll einzubinden.“

Für den Bezirk setzten unter das Dokument der Bezirksbürgermeister Andreas Geisel (SPD), der Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung Wilfried Nünthel (CDU) und der Bezirksstadtrat für Bürgerdienste, Ordnungsangelegenheiten

und Immobilien Dr. Andreas Prüfer (Die Linke) ihre Unterschrift.

Seitens der Wohnungswirtschaft waren folgende acht Bündnispartner beteiligt:

Ulrich & Lakomski GbR, HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH, KMLK GmbH, LABORGH Investment GmbH, Moritz Gruppe GmbH, NCC Deutschland GmbH, Wohnungsbau-genossenschaft „Neues Berlin“, Wohnungsgenossenschaft Lichtenberg eG. Seit dem 1. August 2013 sind auch die EJF gAG, die Hanseatische Wohnungsbaugesellschaft mbH, die Hanseatische Immobilien Treuhand GmbH und die Wohnungsgenossenschaft „Humboldt-Universität“ eG. dabei.

Das Lichtenberger Bündnis für Wohnen hat mittlerweile über 70.000 Wohnungen im Bestand.

SCHWERPUNKT: DER WACHSENDE BEZIRK – WIE POLITIK UND INTERESSENVERTRETER LÖSUNGEN SUCHEN

Ziel: lebenswerte Kieze

Der Bau neuer Wohnungen hat oberste Priorität – die SPD engagiert sich hierbei vielfältig

Die Rummelsburger Bucht hat sich in den letzten Jahren innerhalb kurzer Zeit zu einem der lebenswertesten Stadtteile im Bezirk entwickelt. Das neu geschaffene Quartier besticht durch seine ruhige Lage direkt am Wasser bei gleichzeitig hervorragender Nahverkehrsanbindung durch die Nähe zum Ostkreuz. Dabei ist das Gebiet noch gar nicht voll entwickelt – das Areal zwischen Kynast- und Hauptstraße liegt noch immer weitgehend brach. Der Bezirk plant hier die Schaffung von mehreren Hundert Wohnungen und Büroflächen.

In einem solchen Spannungsfeld ist es logisch, dass widerstreitende Interessen entstehen und aufeinander stoßen. Wohnungsbau, Mieterinteressen, wohnortnahe Versorgung, Daseinsvorsorge, Naturschutz, Naherholung, Tourismus und wirtschaftliche Interessen wollen unter einen Hut gebracht werden. Hier einen Kompromiss zu finden, der alle Beteiligten zufriedenstellt, grenzt an die Quadratur des Kreises.

Die Politik kann die Quadratur des Kreises nicht versprechen. Wer das tut, handelt unseriös. Für die SPD-Fraktion hat an der Rummelsburger Bucht wie anderswo der Wohnungsbau Priorität. Wenn der Umbau des Bahnhofs Ostkreuz abgeschlossen ist, sollten die Hunderttausende, die dort täglich ein-, aus- und umsteigen, beim Blick nach Lichtenberg nicht auf eine Brache blicken.

Gleichzeitig wissen wir, dass bei wachsender Bevölkerungszahl und beim Bau von neuen Wohnungen die soziale Infrastruktur nicht zu kurz kommen darf. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, dass die bestehenden Angebote bestehen bleiben und nach Bedarf erweitert werden. Auch künftig sollen alle Lichtenberger Kinder – nicht nur in Rummelsburg – in der Nähe ihres Wohnorts eine Kita besuchen und in die Grundschule gehen können. In einem kinder- und familienfreundlichen Bezirk ist diese Forderung selbstverständlich.

Wie bisher werden wir auch darauf achten, dass die Rummelsburger Bucht keine Betonwiese wird. Wir haben deswegen für den Bebauungsplan XVII-4 bereits eine Verringerung der überbauten Fläche und der Anzahl der Stockwerke durchgesetzt. Wie eine sinnvolle Balance zwischen notwendiger Verdichtung und Naherholung erreicht werden kann, darüber muss auch künftig mit allen Interessierten gesprochen werden. Der vom Bezirksamt eingerichtete Runde Tisch kann dafür eine Maßnahme sein. Dabei muss allerdings klar sein: Verfahren wie der Bebauungsplan XII-4 dürfen nicht erneut aufgerollt werden. Eine behutsame Entwicklung der Rummelsburger Bucht würde ansonsten um Jahre zurückgeworfen. Das kann niemand ernsthaft wollen.

Vor gut drei Jahren gründete sich der Baubeirat Mühlengrund Center um die



An der Rummelsburger Bucht wohnt es sich sehr gut. Allerdings prallen in dem beliebten Kiez viele Interessen aufeinander.

Fotos: Peter Müller



Die Bauarbeiten zur Neugestaltung des Brunnens am Mühlengrund haben begonnen. Das Interesse der Anwohnerinnen und Anwohner ist groß.

berechtigten Forderungen der anwohnenden Bürgerinnen- und Bürger bei der Neugestaltung des Wohnumfeldes, der geplanten Bebauung und der Wiederinbetriebnahme des Brunnens am Mühlengrund Center in Hohenschönhausen zu begleiten.

Einbezogen wurden von Anfang an auch alle Vertreter von anliegenden Geschäften, gesundheitlichen Einrichtungen und Ämtern des Bezirksamts Lichtenbergs. In langwierigen, manchmal auch sehr kontroversen Diskussionen, Anhörungen von Investoren und Beschlussfassungen des Beirats konnte nach geraumer Zeit eine konstruktive Atmosphäre hergestellt werden.

Die Erkenntnis, dass nur ein gemeinsames Handeln auf allen Ebenen uns weiterbringt führte dazu, dass eine Neugestaltung der Außenanlagen, der Sanierung eines Teils der Wege, der Gestaltung des Spielplatzes und die Erinnerung an die Gründung des Stadtbezirks Hohenschönhausen, durch die Errichtung einer Gedenktafel an historischer Stelle erreicht werden konnte.

Einen langen Weg nahm die Gestaltung des Brunnens in Anspruch. Die gemeinsamen Bemühungen aller zuständigen Ämter, die Gespräche mit dem Schöpfer des Brunnens, die Einflussnahme von einzelnen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses und der BVV Lichtenberg führten zu dem schönen Ergebnis, das der Brunnen erhalten bleibt und wieder seiner Bestimmung zugeführt werden kann. Gegenwärtig sind die Bauarbeiten im Gange, damit der Brunnen, der einst das Aussehen des Platzes prägte, bald wieder in alter-neuer Schönheit erstrahlen kann. Ein Beispiel dafür, dass sich Hartnäckigkeit, Kompromissfähigkeit und beherztes Handeln auch für einen Baubeirat irgendwann einmal auszahlen.

Aber einige Baustellen sind noch geblieben. So gibt es bis heute noch keine von der Mehrheit getragene Lösung zur Nahversorgungssituation und der daraus folgenden Restgestaltung der Gehwege. Gegensätzliches geht auch der Baumaßnahme neues Mühlengrund Center voraus.

Einwendungen von Bürgerinnen- und Bürgern, fehlende Verlässlichkeit bei Zusagen von Investoren und die mangelnde Bereitschaft zum Kompromiss, führen in manchen Bereichen der Weiterführung der Umgestaltung des Mühlengrund Centers und der Wohnbebauung zum Stillstand und auch zum Verdruss bei den Mitgliedern im Gremium. Der Baubeirat wird trotz aller Schwierigkeiten weiter an der Lösung der anstehenden Probleme mitarbeiten. Das gute Ergebnis, das erreicht wurde zeigt, dass über alle Parteigrenzen hinweg gelungene und gelebte Bürgerbeteiligung möglich ist. **Henning Fahrenberg/ Fritz Wolff**

Stadtentwicklungspol. Sprecher bzw. Mitglied im Baubeirat Mühlengrund

Sinkende Arbeitslosenzahlen im Bezirk

Lichtenberg liegt unter dem Berliner Durchschnitt – auch wegen politischen Engagements

Arbeitslosenzahlen im einstelligen Bereich - erstmals seit 1990. Ist das nicht eine gute Nachricht? Die Arbeitslosenquote lag im Monat August bei 10,0%. Bei 15.556 gemeldeten Arbeitslosen waren es 0,3% weniger als im Vormonat und 856 weniger als im August 2013 oder in Prozent ausgedrückt minus 5,2%.

Bezogen auf Berlin, ordnet sich der Bezirk recht gut ein. Das gilt auch für die Jugendarbeitslosigkeit. Hier beträgt die aktuelle Arbeitslosenquote 9,8 Prozent, angesichts eines Ausgangspunktes von 14 Prozent ist das eine gute Entwicklung.

Damit liegt Lichtenberg unter dem Berliner Durchschnitt. In Lichtenberg sind aktuell 860 schwerbehinderte Menschen arbeitslos, das ist ein Anteil von 5,5 Prozent. Das Jobcenter selbst beschäftigt zwölf Prozent Menschen mit Behinderung und ist damit Vorreiter in Berlin. Im Schnitt integriert das Jobcenter etwa 20 schwerbehinderte Menschen pro Monat in den Arbeitsmarkt.

Das Jobcenter konnte im ersten Halbjahr etwa 4 400 Kunden in den Arbeits-



Das Jobcenter und die Agentur für Arbeit in der Gotlindestraße. Foto: Peter Müller

markt integrieren. Bei der Integrationsquote liegt Lichtenberg damit auf Platz 1 in Berlin. Geschafft wird auch, bei der Antragsbearbeitung im Bereich der Leis-

tungserbringung deutlich unter den Vorgaben zu bleiben. Im August 2014 waren 5.506 Langzeitarbeitslose gemeldet, eine deutliche Verbesserung zum Vorjahr.

Zurzeit gelingt es, die Kosten für Grundsicherung sowie für Unterkunft und Heizung auf dem Niveau des Vorjahres zu halten.

Auch das liegt daran, dass Menschen wieder in Arbeit gebracht wurden. Schwerpunkte sind drei große Themen: Senkung der Jugendarbeitslosigkeit, Verringerung des Langzeitleistungsbezuges, Sicherung von Fachkräften. Ein Geheimnis dieses Erfolges ist auf alle Fälle in der guten und effektiven Zusammenarbeit zwischen Bezirksamt Lichtenberg und Jobcenter Lichtenberg begründet.

Bezirksbürgermeister, Andreas Geisel (SPD) und der Geschäftsführer des Jobcenters Berlin Lichtenberg, Lutz Neumann, trugen durch ihr persönliches Engagement zu diesem hervorragenden Ergebnis bei. **Blashka Brechel**

Die Autorin ist sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

Aktive Politik für den Bezirk Lichtenberg

SPD-Anträge und Initiativen: Denkmalschutz, Sporthallenneubau und Livestream der BVV

Die Bezirksverordnetenversammlung am 18. September war geprägt von der Beantwortung unserer großen Anfrage zum Thema „Hilfen zur Erziehung“. Dabei wollten wir unter anderem wissen, wie sich die Hilfezahlen in den letzten Monaten im Bereich der ambulanten, stationären und teilstationären Hilfen zur Erziehung entwickelt haben. Wir fragen nach den Kosten und den damit verbundenen Entwicklungen für die betroffenen Familien. Gleichzeitig wollen wir wissen, wie der Bezirk im Berlin weiten Vergleich dasteht.

Weiterhin spielte der Neubau der Turnhalle für das Coppi-Gymnasium eine Rolle. Das Bezirksamt hat auf Grund einer SPD-Initiative endlich einen Zeitplan vorgelegt. Danach wird es bis 2017 dauern, bis die letztes Jahr abgebrannte Turnhal-

le wieder errichtet wird. Ein Zeitraum, den weder die Bürgerinnen und Bürger noch wir akzeptieren können. Daher fordern wir, die Planung und Baudurchführung weiter zu verdichten.

Weitere Initiativen im August und September:

- Das Bezirksamt wird ersucht, durch geeignete Mittel den monatlichen Livestream sowie die Mediathek mit den gespeicherten Videoaufnahmen der stattgefundenen Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlung zu bewerben.

- Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei der Senatsverwaltung und der oberen Denkmalschutzbehörde dafür einzusetzen, dass Lichtenberg grundsätzlich in Verfahren zur denkmalschutzrechtlichen Sicherung von Gebäuden und Gebäudeensembeln im Bezirk in größtmöglichem Umfang einbezogen wird.

Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, in wie weit durch geeignete Mittel wie zum Beispiel durch Schilder und Tafeln vor Ort, aber auch durch entsprechende Hinweise und Darstellungen in Publikationen, stärker als bisher auf die Förderung und Kofinanzierung aus Europamitteln hingewiesen werden kann.

- Das Bezirksamt wird ersucht, sich mit Vertreterinnen und Vertretern der bekannten Carsharing-Unternehmen (bspw. Car2go, DriveNow, Flinkster und andere) darüber zu verständigen, dass der gesamte Bezirk Lichtenberg Teil des jeweiligen Firmen-Geschäftsgebiets wird und somit beispielsweise Autos auch in Hohenschönhausen gemietet aber auch abgestellt werden können.

- Das Bezirksamt wird ersucht ab 2015 viermal im Jahr ein unter Denkmalschutz stehendes Bau-, Garten- oder Boden-

denkmal auf der Internetseite des Bezirkes und in den „Rathausnachrichten“ vorzustellen.

Darüber hinaus haben wir uns mit mehreren Mündlichen und Kleinen Anfragen an das Bezirksamt gewandt: Warum das Dialog Display in der Prendener Straße abgebaut wurde, zum schlechten Zustand des Gehweges in der Ursula-Goetze-Straße, zur Erinnerung an die ehemaligen Ackerbürgerhäuser in der Einbecker Straße und zu den Ursachen der zunehmenden Verkrautung des Orankesees. Wir haben nachgehakt, wer für die Reparatur des Gehweges am Dolgensecenter aufkommen muss, wie hoch die Zahl der Insolvenzen in Lichtenberg ist und wie sich der aktuelle Sachstand des Wohnungsbaus in der Wönnichstraße auf dem Gelände des Penny-Standortes darstellt.

Apfelernte



Die Fraktionäre der SPD-Fraktion in der BVV Lichtenberg von Berlin bei der Apfelernte: In Falkenberg pflückten sie die Früchte ihrer 17 Patenbäume. Abnehmer der Ernte war die „Berliner Tafel“, die das Obst an hilfsbedürftige Menschen in der Stadt verteilte.

Foto: Peter Müller

SERVICE: TERMINE & BÜRGERSPRECHSTUNDEN

Im Monat Oktober 2014 sind folgende Bezirksverordnete der SPD-Fraktion Berlin-Lichtenberg vor Ort erreichbar:

Am Freitag, den 10.10.2014 Herr **Kevin Hönicke** von 16.00 bis 17.30 Uhr im Bürgerbüro Ole Kreins, 10317 Berlin, Heinrichstraße 1.

Am Mittwoch, den 15.10.2014 Herr **Dirk Liebe** von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr im Stadtteilzentrum Hohenschönhausen Süd, Albatros-Lebensnetz gGmbH, Anna-Ebermann-Straße 26, 13053 Berlin

Am Donnerstag, den 16.10.2014 Frau **Blashka Brechel** von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr im Bürgerbüro Ole Kreins, 10317 Berlin, Heinrichstraße 1.

Am Dienstag, den 28.10.2014 Herr **Henning Fahenberg** von 16.30 Uhr bis 18.00 Uhr im Nachbarschaftshaus im Ostseeviertel, 13051 Berlin, Ribnitzer Straße 1b

Weitere Termine und Veranstaltungen veröffentlichen wir zeitnah auf unserer Internetseite:
www.spd-fraktion-lichtenberg.de

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

SPD-Fraktion Lichtenberg, vertreten durch den Fraktionsvorsitzenden Dr. Erik Gührs sowie die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Jutta Feige, Dirk Liebe, Stefan Unger und Schriftführerin Sandy Kliemann

REDAKTION

Dr. Erik Gührs (V.i.S.d.P.), Peter Müller (verantwortlich), Layout: Marcel Gädig

ANSCHRIFT REDAKTION

SPD-Fraktion Lichtenberg, Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin, Tel.: (030) 90296-3160, Fax: (030) 57795449, E-Mail: info@spd-fraktion-lichtenberg.de

DRUCK

BVZ Berliner Zeitungsdruck
Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin